

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)  
und dem Zentrum für Umfragen,  
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

# Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die  
Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil I

## 2 Bildung

### 2.1 Einführung

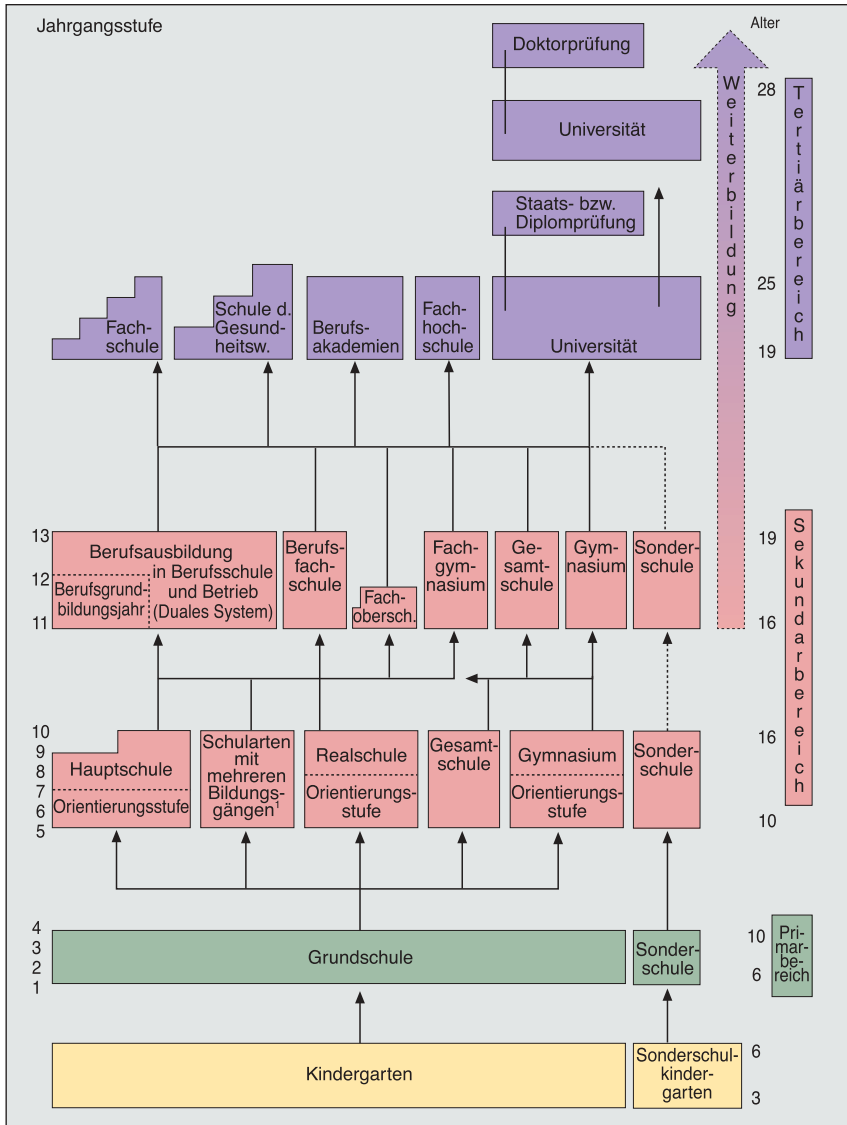
Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im dritten Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), insbesondere aber der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment), die den deutschen Schülern und Schülerinnen ein im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, wurden und werden breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Daneben bewegt zurzeit vor allem der deutlich spürbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrkräfte, Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch Politik und Wissenschaft. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen, das Für und Wider von Studiengebühren sowie die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Hinblick auf vergleichbare Abschlüsse in dem für 2010 angestrebten »Europäischen Hochschulraum« sind weitere Themen, die vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten in jüngster Zeit erörtert werden. Zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik ist es notwendig, fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Die amtlichen Daten zur Bildung vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre mit zum Teil deutlich mehr als 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr, die geburtenschwachen Jahrgänge mit durchschnittlich etwa 830 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989 und etwa 800 000 Neugeborenen je Jahr in den 1990er-Jahren. Seit 1998 sind in Deutschland jährlich ständig weniger Geburten registriert worden. 2004 sank die Geburtenzahl zwar auch, aber nur in sehr geringem Ausmaß. Ein drastischer Geburtenrückgang war Anfang der 1990er-Jahre in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Inzwischen gibt es dort wieder deutlich mehr Neugeborene.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungs-

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

nachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind hier ebenfalls von großer Bedeutung.

## 2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat in der Regel jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert worden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus besuchten im März 2004 70 % der Dreijährigen, 84 % der Vierjährigen, 85 % der Fünfjährigen und 37 % der sechs Jahre alten Kinder einen Kindergarten. In Deutschland standen 2002 in den 33 703 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt 2,51 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit kamen im Jahr 2002 105 Kindergartenplätze auf 100 Drei- bis Sechsjährige. Theoretisch ist also eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen erreicht. Bezieht man die Kindergartenplätze auf die drei- bis sechseinhalbjährigen Kinder (da ja die Kinder nach ihrem sechsten Geburtstag bis zu ihrer Einschulung im Kindergarten verbleiben), liegt die Platz-Kind-Relation bei 90. Aktuellere Daten über Kindergarteneinrichtungen und -plätze werden 2006 erhoben. Erste Ergebnisse sind ab 2007 zu erwarten.

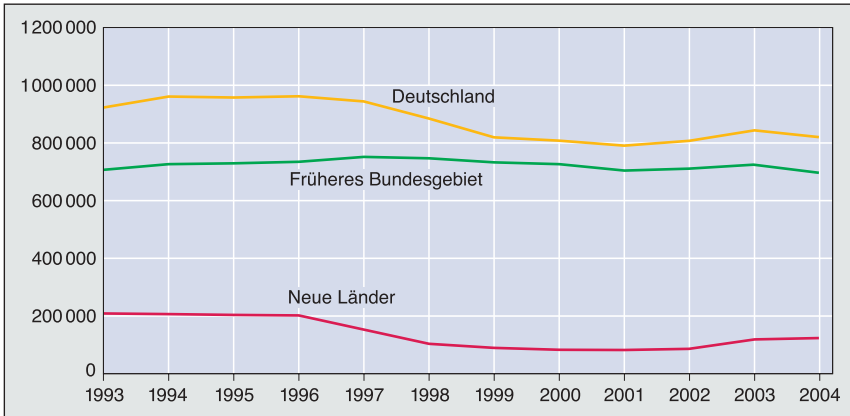
## 2.3 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Bei der Reform ihres Schulwesens orientierten sich die neuen Länder weitgehend an den Regelungen im früheren Bundesgebiet.

### 2.3.1 Schulbesuch

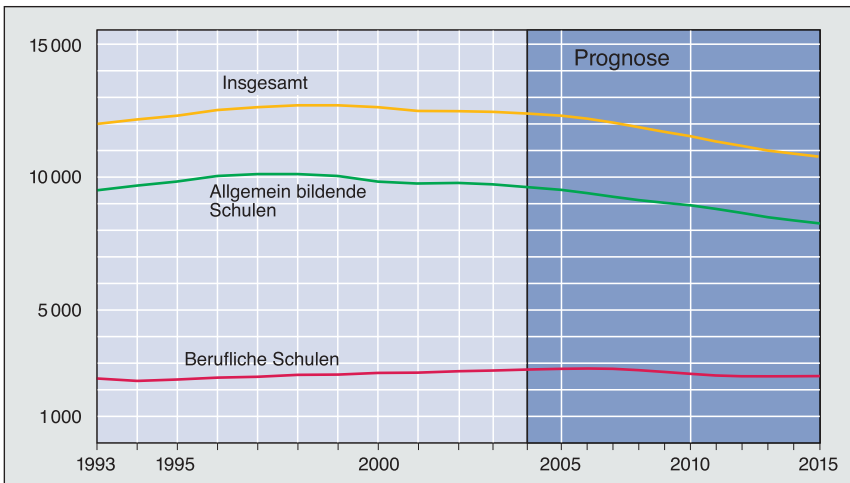
In der überwiegenden Zahl der Länder beginnt die Schulpflicht für die Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollendet haben, d.h. für etwa die Hälfte der 6-Jährigen. In den vergangenen Jahren wurde verstärkt die Möglichkeit geschaffen, Kinder vorzeitig einzuschulen. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird außer durch die Geburtenentwicklung auch durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst. Im Jahr 2004 begannen 820 700 ABC-Schützen ihre Schullaufbahn, und zwar in der Regel in der Grundschule ihres Wohnbezirks. Von der Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung ihrer Kinder machten im Jahr 2004 rund 5,3 %

Abb. 2: Einschulungen



(74 300) der Eltern Gebrauch, verspätet eingeschult wurden etwa 5,7 % (46 400) der Kinder. Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder können in Schulkindergärten, noch nicht schulpflichtige (aber schulreife) Kinder in Vorklassen auf die Einschulung vorbereitet werden. Im Jahr 2004 besuchten in Deutschland rund 48 000 Kinder diese Einrichtungen. Die höchsten Einschulungszahlen gab es im Bundesgebiet mit

Abb. 3: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

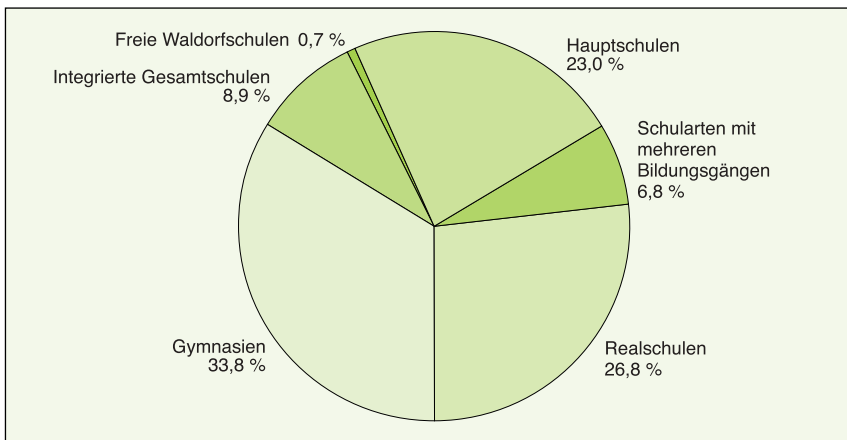
rund 953 600 im Jahr 1996, im Jahr 2004 lagen die Zahlen um 13,9 % darunter. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Anzahl der Schulanfänger, bedingt durch den starken Geburtenrückgang zu Beginn der 1990er-Jahre, um mehr als die Hälfte gesunken.

Die Einschulungszahlen wirken sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Abb. 3 zeigt, dass die Anzahl der Schüler in allgemein bildenden Schulen seit 1997 kontinuierlich sinkt. Bei den beruflichen Schulen, die im Anschluss besucht werden, wird (laut Prognose der Kultusministerkonferenz) erst ab 2007 mit einem leichten Rückgang gerechnet. 2004 besuchten rund 3,1 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule.

Die sich daran anschließenden Schuljahre fünf und sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungsgängen (mit den Bildungszielen Hauptschul- oder Realschulabschluss), Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Freie Waldorfschule oder eine schulartunabhängige Orientierungsstufe (die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt) – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes.

Nach dem Ende der Orientierungsphase, d.h. im 7. Schuljahr, wurden im Jahr 2004 etwa ein Drittel der Schüler und Schülerinnen im Gymnasium, ein knappes Viertel in Hauptschulen und ein weiteres Viertel in Realschulen unterrichtet. Rund jeder sechste Schüler besuchte eine Schule, die die Entscheidung im Hinblick auf das anzustrebende Bildungsziel noch offen lässt (Schularten mit mehreren Bildungsgängen bzw. integrierte Gesamt- und Freie Waldorfschulen). An der Verteilung auf die weiter-

Abb. 4: Schülerinnen und Schüler der 7. Klassenstufe im Schuljahr 2004/2005



Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2004
	in 1000					
Vorklassen und Schulkindergärten	86	82	69	64	55	48
Grundschulen	3559	3691	3602	3353	3144	3150
Orientierungsstufe	375	379	410	404	351	111 <sup>1</sup>
Hauptschulen	1113	1122	1098	1104	1111	1084
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	359	377	386	429	438	379
Realschulen	1141	1203	1248	1263	1283	1351
Gymnasien	2149	2182	2223	2257	2297	2404
Integrierte Gesamtschulen	489	527	548	549	547	538
Freie Waldorfschulen	61	64	67	70	72	75
Sonderschulen	383	399	410	420	429	424
Abendschulen und Kollegs	44	45	46	46	52	60
Insgesamt <sup>2</sup>	9760	10070	10108	9960	9780	9625

1 Wegfall der Schulart in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sowie auslaufende Schulart in Bremen.

2 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

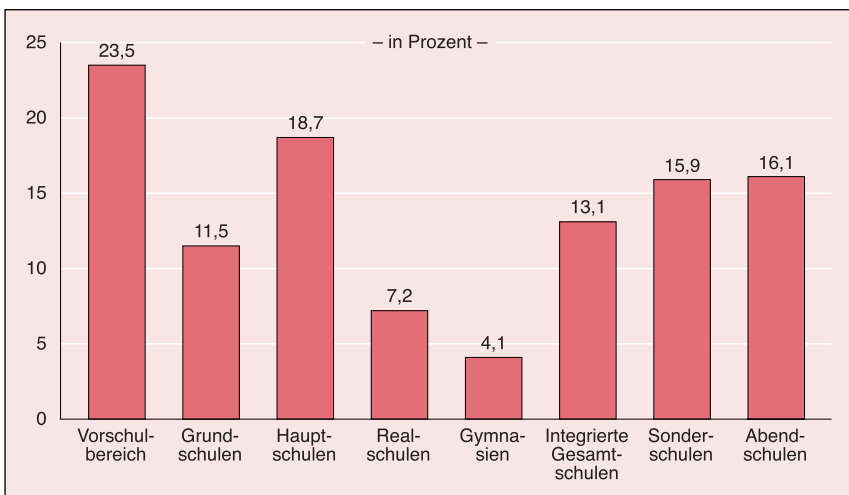
führenden Schulen hat sich in den vergangenen zehn Jahren wenig geändert, lediglich bei Hauptschulen ist ein leichter Rückgang von 1,2 Prozentpunkten zu verzeichnen. Im Schuljahr 2004/2005 lernten in den Hauptschulen 1,1 Mill., in Realschulen 1,4 Mill. und in Gymnasien 2,4 Mill. Schülerinnen und Schüler. Daneben besuchten über 110800 Schülerinnen und Schüler die schulartunabhängige Orientierungsstufe bzw. 379500 junge Leute Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Rund 613200 Schülerinnen und Schüler wurden in integrierten Gesamtschulen (einschl. freier Waldorfschulen) unterrichtet, in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Im Jahr 2004 besuchten 423800 Kinder eine Sonderschule, rund 4,4 % der insgesamt etwa 9,6 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Die Hälfte von ihnen (50,3 %) wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt »Lernen« unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Sonderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2004 für jeden achten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

Nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2004 nutzten rund 60200 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2004 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Die Spanne reichte von 4,1 % in Gymnasien und 7,2 % in Realschulen über 13,1 % in Integrierten Gesamtschulen sowie 15,9 % in Sonderschulen bis zu 18,7 % in Hauptschulen. Den niedrigsten Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler hatte Thüringen (1,3 %), den höchsten Hamburg (18,6 %). Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter

Abb. 5: Ausländeranteile im Schuljahr 2004/05 nach Schularten



allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43,3 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (10,5 %), Italien (6,7 %) und Griechenland (3,5 %) am stärksten vertreten.

Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2004 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder zwölfte ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (42,6 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den vergangenen Jahren hat sich diese Struktur kaum verändert.

Betrachtet man die Gruppe der ausländischen Schulabgänger, so zeigt sich, dass 18,1 % von ihnen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss verließen gegenüber 7,4 % der deutschen. 10,2 % der ausländischen Jugendlichen erwarben

die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 25,4 %.

Die im Zuge der Bildungsreform in den 1970er-Jahren geschaffene Möglichkeit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben, wird in hohem Maße genutzt. Mehr als die Hälfte der Absolventen ohne Hauptschulabschluss holt diesen an beruflichen Schulen nach. Neben den 238 100 Abiturienten aus allgemein bildenden Schulen (mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2004 noch 148 800 Jugendliche diesen Abschluss an beruflichen Schulen. Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. Die

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2004
	in 1000					
Berufsschulen <sup>1</sup>	1 564	1 625	1 683	1 797	1 733	1 672
Berufsvorbereitungsjahr	52	65	67	73	79	81
Berufsgrundbildungsjahr	98	40	41	41	43	48
Berufsaufbauschulen	5	3	2	1	1	1
Berufsfachschulen	302 <sup>4</sup>	341 <sup>4</sup>	383	415	452	542
Berufsvorbereitung	187 <sup>5</sup>	204 <sup>5</sup>	201	212	228	274
Berufliche Ausbildung	115 <sup>5</sup>	137 <sup>5</sup>	182	204	224	267
Fachoberschulen	78	82	84	96	106	122
Fachgymnasien	86	90	93	98	109	117
Kollegschulen	80	81	89	0	–	–
Berufsobere-/Technische						
Oberschulen	4	4	8	10	12	18
Fachschulen <sup>2</sup>	167	159	150	150	163	163
Insgesamt <sup>3</sup>	2 435 <sup>4</sup>	2 490 <sup>4</sup>	2 601	2 682	2 700	2 763

1 Ab 1996 einschl. Berufsgundbildungsjahr in kooperativer Form.

2 Einschl. Fachakademien/Berufsakademien.

3 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse

4 Korrigierte Daten.

5 Geschätzte Daten.

Berufsschule im dualen System ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule im dualen System zum Teil auch von Jugendlichen unter 18 Jahren besucht, die keinen Ausbildungsvertrag haben, aber noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2004 rund 88 000). Insgesamt wurden im Jahre 2004 in Deutschland ungefähr 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet.

Diese Zahl lag im Jahr 2004 um ca. 61 000 niedriger als im Jahr 2002, vor allem aufgrund eines verminderten Angebots an Ausbildungsplätzen. Dagegen wurden die übrigen beruflichen Schulen (ohne Schulen der beruflichen Weiterbildung) von mehr Schülerinnen und Schülern besucht als im Vorjahr. Viele Jugendliche versu-

chen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen – wie z.B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen und/oder das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z. B. auch in Fachoberschulen oder Fachgymnasien) – ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. Eine Alternative zur Ausbildung im dualen System ist auch eine rein schulische Berufsausbildung (in Berufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens) oder ein Studium (sofern der entsprechende Abschluss hierfür erreicht wurde). In Berufsfachschulen, im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr befanden sich im Schuljahr 2004/2005 insgesamt 403 000 Schülerinnen und Schüler in berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen (ohne Lehrgänge des Arbeitsamtes, die meist nicht von Schulen durchgeführt werden), 239 100 strebten in Fachoberschulen und Fachgymnasien die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife an. Rund 267 500 Schüler erlernten in Berufsfachschulen einen Beruf, vor allem Technische/r Assistent/in für Informatik, kaufmännische/r Assistent/Wirtschaftsassistent/in, Sozialassistent/in, Kinderpfleger/in, Altenpfleger/in sowie Gesundheitsdienstberufe unterhalb der akademischen Ebene, soweit diese nicht in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet werden. Die Fachschulen (einschl. Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahre 2004 gab es 162 800 Fachschülerinnen und Fachschüler. In den Schulen des Gesundheitswesens wurden im Jahr 2004 rund 119 700 Jugendliche zu Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/in oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

Frauen erreichten 2004, wie schon in den vergangenen zehn Jahren, deutlich bessere Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen als ihre männlichen Mitschüler: So verließen nur 6,1 % von ihnen, aber 10,5 % der männlichen Absolventen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss. 27,7 % der weiblichen Absolventen erreichten die Hochschulzugangsberechtigung gegenüber 20,7 % der männlichen. Bei der Berufswahl jedoch finden sich die Frauen weitgehend in den klassischen Frauenberufen wieder. Einen hohen Frauenanteil haben die Ausbildungsgänge zur Altenpfleger/in und alle Gesundheitsdienstberufe sowie kaufmännische Berufe. Dagegen war von den Schülern im stark besetzten Ausbildungsgang Technische/r Assistent/in für Informatik in Berufsfachschulen lediglich jede elfte (9,3 %) weiblich.

### 2.3.2 Lehrkräfte

2003 unterrichteten in Deutschland 609 000 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeitlehrereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 114 700 an beruflichen Schulen. Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit einzelnen Schülern beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation hat sich an allgemein bildenden Schulen nach einer kontinuierlichen Verschlechterung ab 1998 wieder leicht verbessert, mit 16,0 Schülern bzw. Schülerinnen je Lehrer allerdings noch nicht den Stand

von 1994 mit 15,9 wieder erreicht. Bei beruflichen Schulen mit Vollzeitunterricht lag diese Relation bei 13,8 und denjenigen mit Teilzeitunterricht (insbesondere Berufsschulen) bei 37,0. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist das Durchschnittsalter der Lehrkräfte von 45,9 Jahren auf 47,6 gestiegen. Mehr als jede fünfte Lehrkraft war älter als 55 Jahre, allerdings auch jede achte jünger als 35 Jahre. Von den hauptberuflichen Lehrkräften der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2004 waren rund zwei Drittel Frauen, in Grundschulen lag ihr Anteil sogar bei mehr als vier Fünftel.

Tab. 3: Schüler-Lehrer-Relation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1994	1996	1998	2000	2002	2003
Allgemein bildende Schulen	15,9	16,3	16,5	16,3	16,0	16,0
Vorklassen und Schulkindergärten	14,3	14,4	13,2	12,8	11,6	11,6
Grundschulen	20,7	21,2	21,4	20,6	19,9	20,1
Orientierungsstufe	16,4	17,0	17,1	17,3	16,7	16,5
Hauptschulen	14,6	14,9	14,9	15,0	14,9	14,7
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	14,6	15,5	15,8	15,3	14,0	13,6
Realschulen	17,3	17,9	18,3	18,6	19,0	19,1
Gymnasien	14,7	15,0	15,5	15,8	15,9	15,9
Integrierte Gesamtschulen	13,3	13,7	14,0	14,0	14,0	14,3
Freie Waldorfschulen	14,1	14,4	14,7	14,8	14,7	14,4
Sonderschulen	6,7	6,8	6,9	6,9	6,8	6,7
Abendschulen und Kollegs	12,4	13,2	14,5	15,1	16,0	16,5
Berufliche Schulen <sup>1</sup>	23,2	23,4	24,2	24,5	23,9	23,8
in Vollzeitform	11,9	12,2	12,8	13,0	13,4	13,8
in Teilzeitform	36,3	36,5	37,8	37,8	36,9	37,0
Insgesamt	16,9	17,3	17,6	17,5	17,2	17,2

<sup>1</sup> Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK, Dokumentations-Nr. 174.

## 2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Die Berufsausbildung vollzieht sich in Deutschland vor allem durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungsstätten. Sie wird ergänzt durch die Vermittlung fachtheoretischer Ausbildungsinhalte beim Besuch der Berufsschulen. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten und einem Abbau der Beschäftigtenzahlen tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund, und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

## 2.4.1 Lehrstellen-Bilanz

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 2,4 %. Es stieg aber auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Den 14 000 offenen Ausbildungsplätzen standen rund 45 000 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber, so dass ein Nachfrageüberhang von 31 000 entstand. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede. Insbesondere in den neuen Ländern stellt sich das Verhältnis der Bewerberzahl zur Zahl der freien Stellen deutlich schlechter dar, obwohl hier in rund jedem dritten Fall die Berufsausbildung gefördert wird. Aber auch in den alten Bundesländern fehlen etwa 17 000 Ausbildungsplätze. In den neuen Bundesländern dagegen stehen 845 offenen Stellen etwa 15 000 Bewerber gegenüber. Damit ist es für junge Leute im Osten schwerer als im Westen, ihren Wunschberuf zu erlernen.

Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber stark eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, u. a. auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab. Von den 572 000 Jugendlichen, die 2004 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß jeder siebte (15 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 45,6 % verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, rund ein Drittel blieb mit dem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder siebte Ausbildungsanfänger (13,4 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerbungsrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. In den vergangenen zehn Jahren hat insbesondere der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Realschulabschluss zugenommen (4,0 Prozentpunkte), zu Lasten der

Tab. 4: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Jahr	Ausbildungsplätze		Angebots-/ Nachfrageüber- hang (-)	Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge
	Angebot	Nachfrage		
	in 1000			
1995	617	598	19	579
1996	609	613	- 4	579
1997	613	635	- 22	598
1998	636	648	- 12	612
1999	654	660	- 6	636
2000	647	645	2	623
2001	639	635	4	610
2002	590	596	- 6	568
2003	572	593	- 20	564
2004	586	618	- 31	572

Auszubildenden mit niedrigeren Schulabschlüssen (-4,3 Prozentpunkte). Dagegen ist der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten in der beruflichen Ausbildung nach einem Höhenflug bis zum Jahr 1998 (16,4 %) auf einen Wert von 15 % gefallen.

## 2.4.2 Verteilung auf Ausbildungsberufe

Bei der Wahl der Ausbildungsberufe lassen sich deutliche Schwerpunkte erkennen. Im Jahr 2004 waren 38,3 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 52,9 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 10 von insgesamt 348 anerkannten Ausbildungsberufen konzentriert. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: Jeder zwölfte Auszubildende ergriff ihn 2004. Ein großer Teil der jungen Frauen entschied sich für die Berufe Bürokauffrau und Arzthelferin (jeweils jede 14.) oder jede 16. Auszubildende für Kauffrau im Einzelhandel. Die Berufswahl erfolgte auch 2004 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. So waren in den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe Frauen mit einem Anteil von nur 10,8 % unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 50,3 %. Insgesamt waren 40,1 % der Auszubildenden weiblich. Dieser Anteil war in den vergangenen zehn Jahren weitgehend konstant. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen System häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z.B. Krankenschwester oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt.

## 2.4.3 Ausländische Auszubildende

Von 1 564 000 Jugendlichen, die sich 2004 in einer Berufsausbildung befanden, hatten 72 000 einen ausländischen Pass. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er-Jahre parallel mit der Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 7,7 % auf 4,6 % gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen im Jahr 2004 von 8,6 % sind Ausländerinnen und Ausländer im dualen System unterrepräsentiert. So besaßen im Jahr 2004 rund 37,5 %

Tab. 5: Auszubildende, ausländische Auszubildende und Ausländeranteil

Jahr	Auszubildende insgesamt in 1 000	Ausländische Auszubildende		Jahr	Auszubildende insgesamt in 1 000	Ausländische Auszubildende	
		Anzahl in 1 000	Anteil in %			Anzahl in 1 000	Anteil in %
1995	1 579	121	7,7	2000	1 702	97	5,7
1996	1 592	116	7,3	2001	1 685	92	5,5
1997	1 622	110	6,8	2002	1 622	85	5,3
1998	1 658	104	6,3	2003	1 582	79	5,0
1999	1 698	101	5,9	2004	1 564	72	4,6

Abb. 6: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen 1994 und 2004

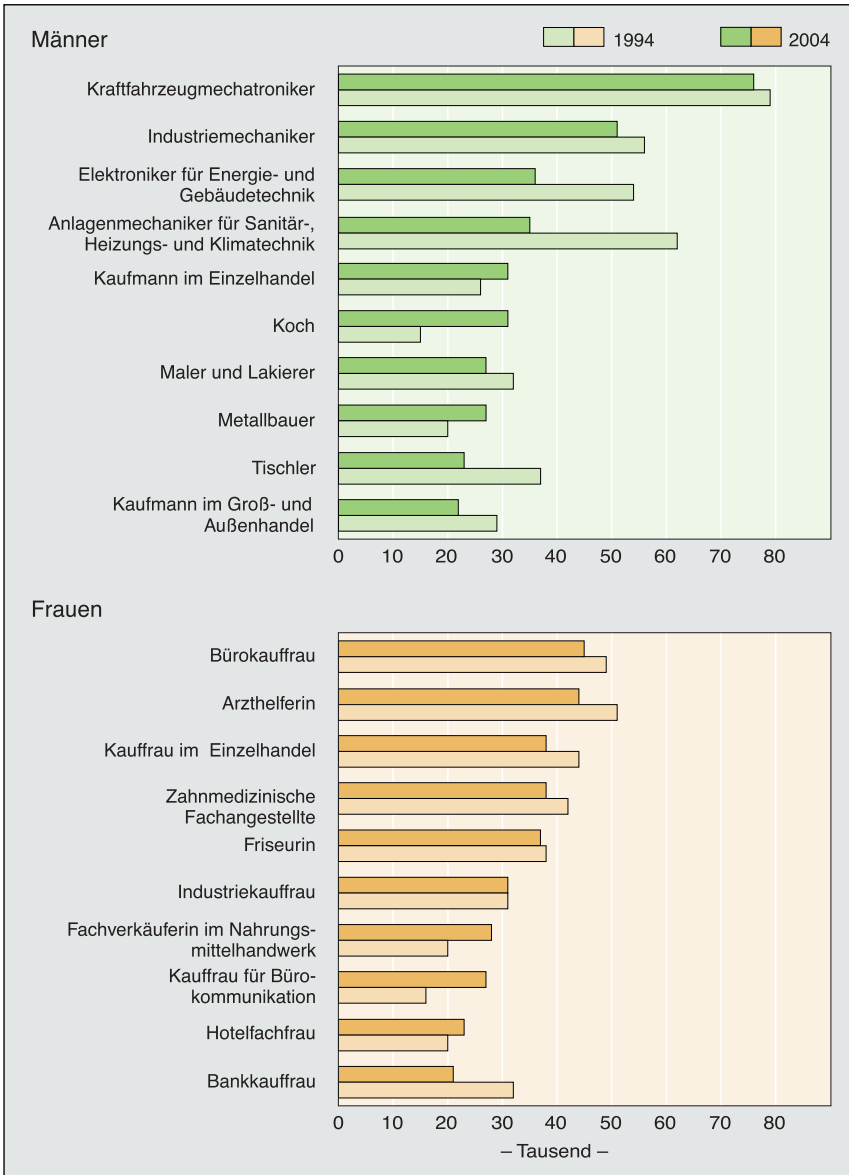
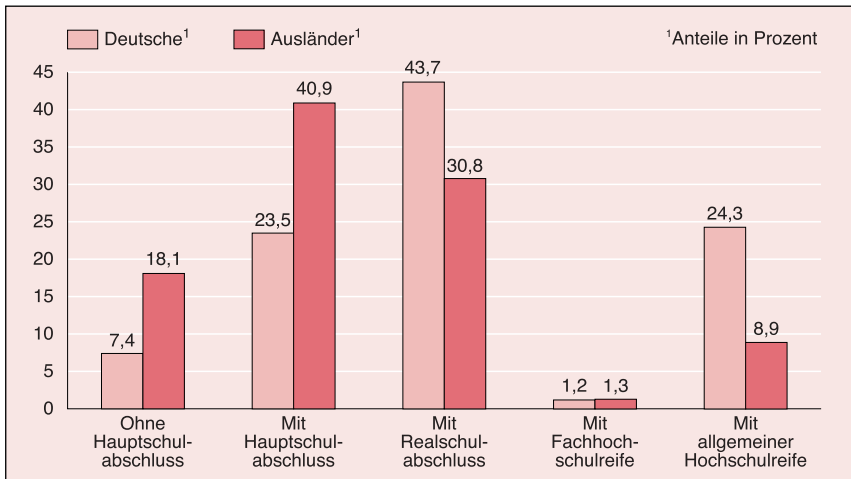
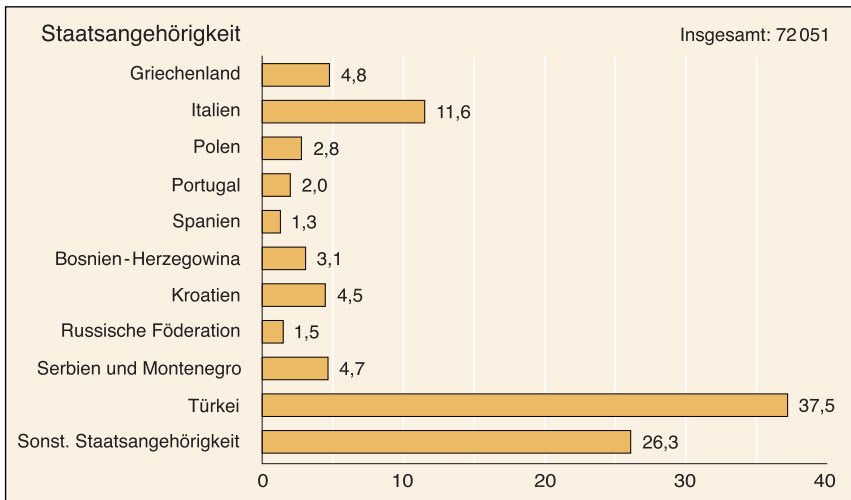


Abb. 7: Deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten 2004



der ausländischen Auszubildenden einen türkischen Pass, 12,3 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, 11,6 % die italienische und 4,8 % die griechische. Seit 1995 ist der Anteil der türkischen Auszubildenden

Abb. 8: Ausländische Auszubildende nach Nationalitäten 2004 in Prozent



denden um 4,8 Prozentpunkte und derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien um 6,3 Prozentpunkte gesunken, dagegen erhöhte sich der Anteil italienischer Auszubildender um 2,8 Prozentpunkte.

#### 2.4.4 Abschlussprüfungen

Im Jahr 2004 haben 493 000 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System mit einer bestandenen Abschlussprüfung erfolgreich beendet. Von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen haben letztendlich (mit Wiederholung) rund 85,7 % diese Prüfungen bestanden. Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung. Etwa ein Viertel von ihnen löst den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings daran anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Zu den Abschlussprüfungen können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag als »Externe« zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeit in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben. Im Jahr 2004 gab es 29 300 externe Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (5,1 % aller Prüflinge), und von ihnen absolvierten 71,2 % ihre Prüfung erfolgreich. Außerdem nahmen 2004 ungefähr 101 000 Erwachsene nach Erweiterung ihrer beruflichen Kenntnisse erfolgreich an einer Fortbildungsprüfung teil, darunter 23 200 an Meisterprüfungen im Handwerk.

Tab. 6: Neu abgeschlossene und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sowie bestandene Abschlussprüfungen

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen	Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1000				in 1000		
1995	579	138	503	2000	623	156	503
1996	579	130	488	2001	610	156	514
1997	598	127	483	2002	568	151	513
1998	612	135	487	2003	564	133	504
1999	636	145	491	2004	572	127	493

## 2.5 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2004/2005 gab es in Deutschland insgesamt 372 staatlich anerkannte Hochschulen,

darunter 175 Universitäten (einschl. Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 197 Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen).

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsminister und -ministerinnen aus 29 europäischen Ländern die so genannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollen. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse nach angelsächsischem Vorbild sollen Studierende und Absolventen innerhalb Europas mobiler werden und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden. In der Studentenstatistik werden Daten zu Bachelor- und Masterstudiengängen seit dem Wintersemester 1999/2000 veröffentlicht.

### 2.5.1 Studierende, Studienanfänger und Hochschulabsolventen

Seit Mitte der 1960er-Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 mit 1,87 Mill. einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der an den Hochschulen für ein Studium Eingeschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte und die Studierendenzahlen im Wintersemester 2003/2004 mit 2,03 Millionen einen neuen Rekordwert erreichten. Im Wintersemester 2004/2005 sank die Zahl der Studierenden auf 1,96 Millionen, das waren 3 % weniger als im Wintersemester zuvor. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf rückläufige Studierendenzahlen in Hessen und Nordrhein-Westfalen zurückzuführen. Beide Bundesländer hatten im Jahr 2004 Gebührenregelungen eingeführt, die einen starken Rückgang der Langzeit- und Zweitstudierenden zur Folge hatten. Von den insgesamt 1,96 Millionen Studierenden waren 8 % (155 000) in einem Bachelor- oder Masterstudiengang eingeschrieben.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ging seit dem Studienjahr 1994 zunächst zurück. Zwischen 1996 und 2003 stieg sie wieder deutlich an und erreichte im Studienjahr 2003 mit rund 377 000 einen neuen Höchststand. In 2004 sank die Zahl der Erstimmatrikulierten wieder auf 359 000. Im Studienjahr 2004 erfolgten rund 12 % der Ersteinschreibungen in einem Bachelorstudiengang. Eine eindeutige Umorientierung in Richtung Bachelorstudium ist demnach fünf Jahre nach Einführung des zweistufigen Studiensystems noch nicht festzustellen. Die Studienanfänger bevorzugen nach wie vor »traditionelle« Diplom- und Magisterstudiengänge an Universitäten (49 %) und das Fachhochschuldiplom (27 %). Weitere 10 % streben andere Studienabschlüsse (z. B. Lehramt) an. Rund 2 % der Studienanfänger schrieben sich in Masterstudiengänge ein. Dabei handelt es sich in der Regel um ausländische Studierende, die nach Deutschland kommen, um ein Masterstudium aufzunehmen.

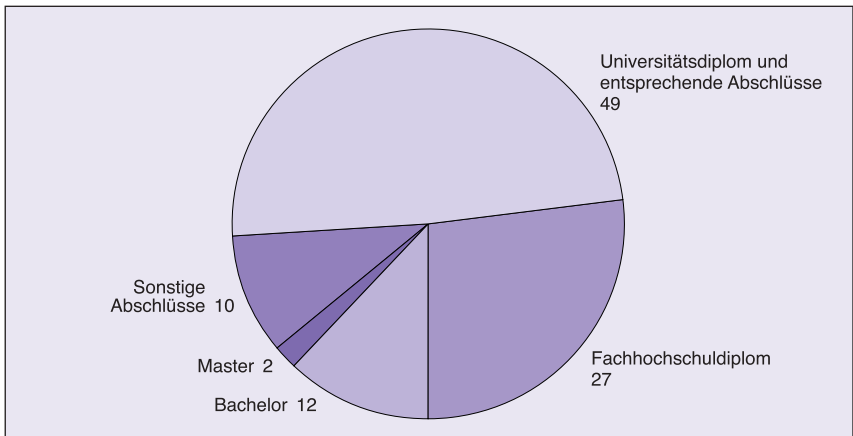
Tab. 7: Studierende und Studienanfänger/-innen

Jahr <sup>1</sup>	Studierende					
	insgesamt		davon an			
			Universitäten		Fachhochschulen	
	St	1. HS	St	1. HS	St	1. HS
in 1 000						
1994	1 872	266	1 424	182	444	84
1995	1 858	261	1 409	180	444	81
1996	1 838	267	1 396	187	439	80
1997	1 824	267	1 387	186	436	81
1998	1 801	272	1 365	187	436	85
1999	1 774	291	1 331	200	440	91
2000	1 799	315	1 341	216	458	98
2001	1 869	345	1 382	237	486	108
2002	1 939	359	1 423	244	516	115
2003	2 019	377	1 468	256	552	121
2004	1 963	359	1 403	240	560	119

1 Studierende (St) im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsesemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren, z.B. von den persönlichen Interessen der Studienanfänger und -anfängerinnen, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (z.B. Numerus-clausus-Regelungen), beeinflusst. Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und in Zukunft erwar-

Abb. 9: Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) 2004 nach angestrebtem Abschluss in Prozent

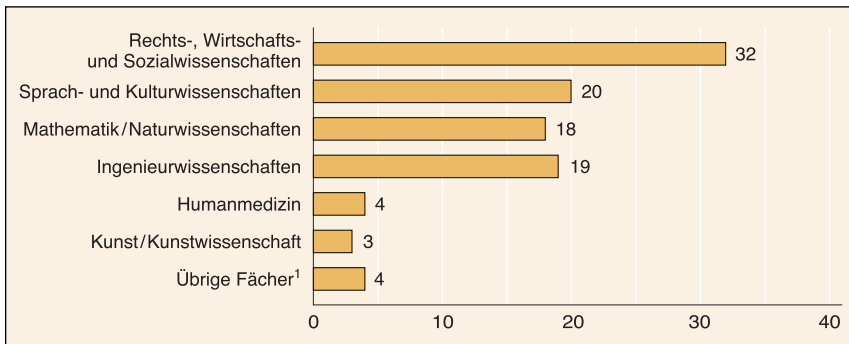


teten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. In den vergangenen zehn Jahren zeigten sich bei der Fächerwahl der Studienanfänger deutliche Interessenverschiebungen. Die meisten Erstsemester (32 %) schrieben sich 2004 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Diese Fächergruppe hat seit 1994 etwas an Bedeutung verloren (-3 Prozentpunkte). Das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (20 %) hat sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre dagegen kaum verändert. Erstmals seit 1998 schrieben sich im Jahr 2004 wieder mehr Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften ein (19 %) als in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften (18 %). Der Anteil der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften hat sich damit ausgehend von 20 % im Jahr 1994 wieder stabilisiert, nachdem er zwischen 1996 und 2002 auf 17 % gesunken war. Insgesamt gesehen ist das Interesse der Studienanfänger an den Naturwissenschaften in den vergangenen zehn Jahren allerdings deutlich angewachsen. Im Jahr 1994 hatte der Anteil der Erstimmatrikulierten in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften noch bei 13 % gelegen.

Im Jahr 2004 war fast die Hälfte (49 %) derjenigen, die ein Studium aufnahmen, Frauen. Die Frauenanteile variieren allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (73 %) und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (66 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 51 % nahezu ausgeglichen dar. In den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (40 %) und Ingenieurwissenschaften (21 %) waren hingegen Studienanfängerinnen deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1994 und 1997 von 219000 um 7 % auf 237000 gestiegen. In den Folgejahren sank die Zahl der Absol-

Abb. 10: Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) 2004 nach Fächergruppen in Prozent



<sup>1</sup> Sport; Veterinärmedizin; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst/Kunstwissenschaft; sonstige Fächer und ungeklärt.

Tab. 8: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

Prüfungs- jahr	Ins- gesamt	Darunter					
		Diplom und ent- sprechende Abschluss- prüfungen	Promo- tionen	Lehramts- prüfungen	Fachhoch- schulab- schluss	Bachelor- abschluss	Master- abschluss
in 1000							
1994	219	102	22	24	71	.	.
1995	230	106	22	27	75	.	.
1996	237	111	23	28	75	.	.
1997	237	109	24	28	76	.	.
1998	228	103	25	28	71	.	.
1999	222	99	25	28	70	.	.
2000	214	95	26	27	66	.	.
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2
2003	218	95	23	22	72	2	3
2004	231	98	23	23	76	6	6

venten und erreichte in 2001 mit 208 000 einen Tiefpunkt. Ab 2002 stieg sie wieder an und lag 2004 bei 231 000. Fast die Hälfte (49 %) der im Jahr 2004 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben (siehe auch 2.5.3).

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2004 erwarben 42 % (98 000) ein Universitätsdiplom oder einen gleichwertigen Abschluss gefolgt von 33 % (76 000) Fachhochschuldiplomanden. Rund 23 000 (10 %) erlangten einen Dokortitel und weitere 10 % (23 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master werden seit dem Prüfungsjahr 2000 statistisch erfasst. Diese spielen aufgrund des kurzen Zeitraums seit ihrer Einführung allerdings noch eine untergeordnete Rolle. Jeweils rund 6 000 Absolventen erwarben 2004 einen Bachelor- bzw. einen Masterabschluss, das waren zusammen 5 % aller Absolventen.

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2004 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 28 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Der mittlere Wert (Median) für die Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, lag im Prüfungsjahr 2004 bei rund elf Semestern. Das heißt, die Hälfte dieser Absolventen schloss ihr Studium in weniger als elf Semestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Mittel zehn Semester bis zum 1. Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei rund acht Semestern; bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, war diese mit 6 Semestern deutlich kürzer.

Das Masterstudium baut in der Regel auf ein vorangegangenes Studium (in der Regel auf das Bachelorstudium) auf, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Masterstudierende werden deshalb zu Beginn der Masterphase wieder in das erste Fachsemester

eingestuft. Die mittlere Studiendauer bei Masterabsolventen ist daher mit vier Semestern deutlich kürzer als in den herkömmlichen Studiengängen. Bei den Ergebnissen zur Studiendauer muss berücksichtigt werden, dass die Absolventenzahlen in Bachelor- und Masterstudiengängen aufgrund des kurzen Zeitraums seit der Einführung noch relativ gering sind. Daher kann es zu einer Unterschätzung der Studiendauer kommen, weil davon auszugehen ist, dass die Absolventinnen und Absolventen der ersten Prüfungsjahrgänge ihr Studium überdurchschnittlich schnell abgeschlossen haben.

## 2.5.2 Personelle und finanzielle Ressourcen

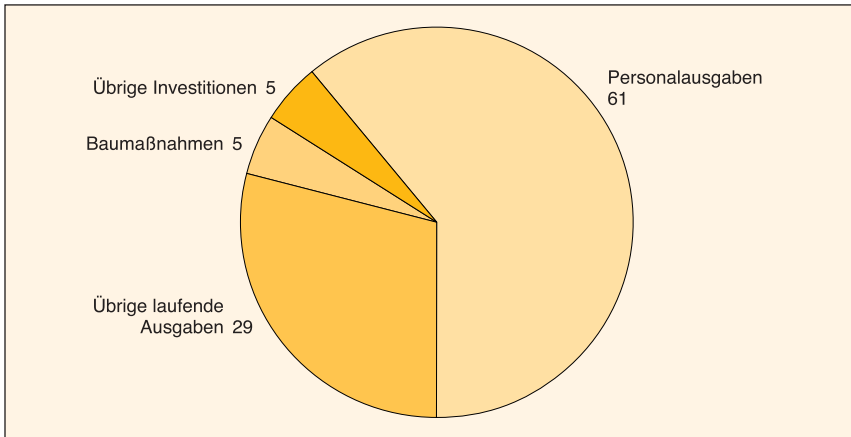
Ende 2004 war rund eine halbe Million Menschen (499 000) an deutschen Hochschulen beschäftigt, von ihnen zählten 236 000 (47 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. 70 % des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal setzt sich zusammen aus Professoren, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen Personal.

Im Vergleich zu 1994 hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 5 % zugenommen. Der Zuwachs erfolgte zugunsten des wissenschaftlichen Personals, das in den vergangenen zehn Jahren um insgesamt 14 % (28 000) aufgestockt wurde, während die Anzahl des Verwaltungspersonals nahezu konstant blieb. Dieser Zuwachs ist allerdings ausschließlich auf die steigende Zahl von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften zurückzuführen (+33 %), die Zahl Vollbeschäftigten ging dagegen um 1 % zurück. In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen

Tab. 9: Hochschulpersonal

Jahr	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal
		Zusammen	darunter: Professoren/ Professorinnen	
in 1 000				
1994	473	208	37	265
1995	483	213	38	270
1996	482	215	38	268
1997	481	214	38	267
1998	484	216	38	267
1999	489	219	38	270
2000	489	219	39	269
2001	494	225	38	269
2002	501	232	38	270
2003	505	237	38	268
2004	499	236	38	263

Abb. 11: Ausgaben der Hochschulen 2003 nach Arten in Prozent



Personals waren deutliche Zuwächse in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zu verzeichnen, während sich die Professorenzahl seit 1994 nur geringfügig erhöht hat. Der Zuwachs in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals ist vor allem auf die wachsende Zahl von Lehrbeauftragten zurückzuführen, die seit 1994 um mehr als ein Viertel (+28 %) zugenommen hat.

Die deutschen Hochschulen gaben in 2003 insgesamt 30,6 Mrd. Euro aus. Damit haben sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um knapp 1 % erhöht; im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden um 4 %.

Mit 14,1 Mrd. Euro wurde der Großteil der Mittel innerhalb der Fächergruppe Humanmedizin ausgegeben, mit deutlichem Abstand gefolgt von den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (3,4 Mrd. Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,7 Mrd. Euro). Für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden insgesamt 1,7 Mrd. Euro und für Sprach- und Kulturwissenschaften 1,5 Mrd. Euro aufgewandt. Demgegenüber entfielen auf die Fächergruppe Kunst/Kunstwissenschaft lediglich 514 Mill. Euro, auf Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 418 Mill. Euro. Schließlich folgen die Veterinärmedizin mit 179 Mill. Euro und Sport mit 136 Mill. Euro. Die Ausgaben für Einrichtungen wie Hochschulverwaltung, Hochschulbibliotheken, Rechenzentren und zentrale Versorgungseinrichtungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken) lagen 2003 bei 5,9 Mrd. Euro.

### 2.5.3 Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen

Ausbildung abgebaut: Fast die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester (49 %) und der Hochschulabsolventen (49 %) in 2004 war weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2004 immerhin bereits 39 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 23 %.

51 % der im Jahr 2004 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (256000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 34 % und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten bei 29 %. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2004 mit 14 % einen Höchstwert. Am niedrigsten war er mit 9 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4): Nicht einmal jede zehnte C4-Stelle war mit einer Frau besetzt.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Dabei ist jedoch absehbar, dass sich die Nach-

Tab. 10: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

Jahr	Studienanfänger	Studierende	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt	Hauptberufl. wissenschaftl. und künstlerisches Personal	Professoren	C4-Professoren
	in %							
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	46,9	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0
2003	48,2	47,4	48,4	37,9	51,3	28,6	12,8	8,6
2004	48,8	47,7	48,7	39,0	51,2	29,2	13,6	9,2

frage nach promovierten und habilitierten Akademikern bis 2015 und darüber hinaus stärker auf die Fächergruppen Natur- und Ingenieurwissenschaften konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

## 2.5.4 Ausländische Studierende

Im Wintersemester 2004/2005 waren an deutschen Hochschulen 246 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl

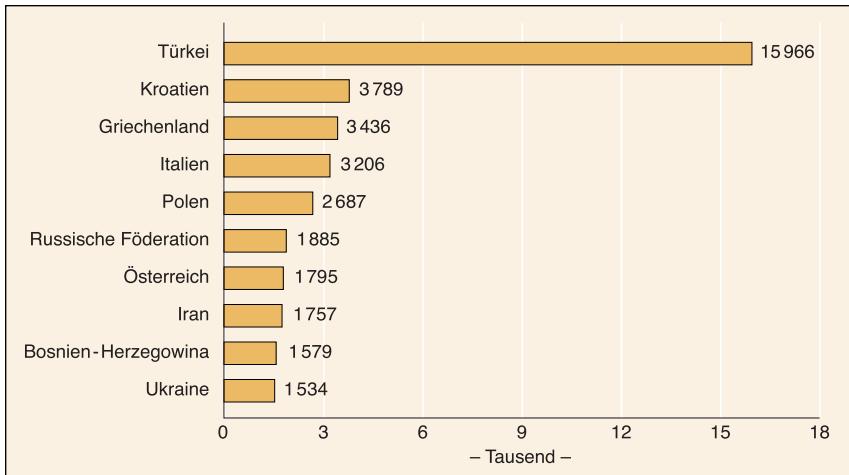
Tab. 11: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen

Wintersemester	Studierende insgesamt	Darunter ausländische Studierende		
		insgesamt	davon	
			Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer
in 1 000				
1994/95	1 868	141	49	93
1995/96	1 853	146	48	98
1996/97	1 835	152	52	100
1997/98	1 823	158	55	104
1998/99	1 801	166	57	109
1999/00	1 770	175	62	113
2000/01	1 799	187	61	126
2001/02	1 868	206	63	143
2002/03	1 939	227	64	163
2003/04	2 019	246	66	180
2004/05	1 963	246	60	187
<i>Anteil an den Studierenden insgesamt in %</i>				
1994/95	100	7,6	2,6	5,0
1995/96	100	7,9	2,6	5,3
1996/97	100	8,3	2,8	5,5
1997/98	100	8,7	3,0	5,7
1998/99	100	9,2	3,2	6,0
1999/00	100	9,9	3,5	6,4
2000/01	100	10,4	3,4	7,0
2001/02	100	11,0	3,4	7,6
2002/03	100	11,7	3,3	8,4
2003/04	100	12,2	3,3	8,9
2004/05	100	12,5	3,0	9,5

der Studierenden hat sich seit dem Wintersemester 1994/1995 von 8 % auf 13 % erhöht und damit einen neuen Höchstwert erreicht.

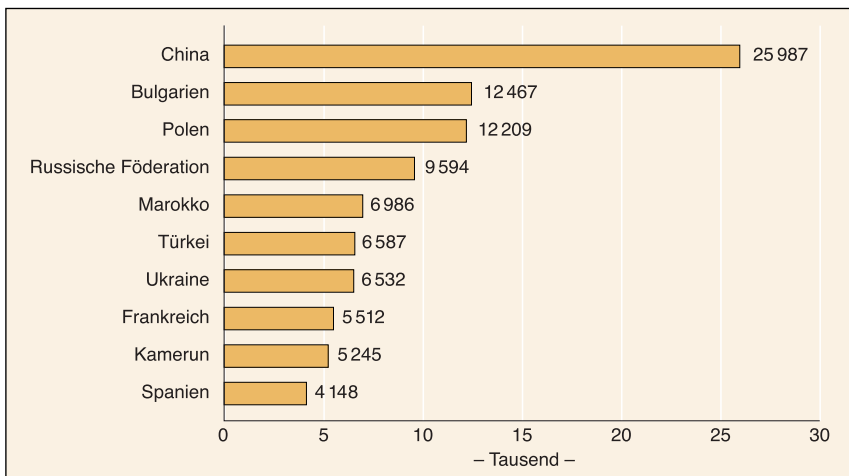
Von den insgesamt 246 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität sind 24 % (60 000) Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwan-

Abb. 12: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsinländer) im WS 2004/2005



derern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bil-

Abb. 13: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsausländer) im WS 2004/2005



dungsinländern bilden Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (16 000) gefolgt von Studierenden kroatischer (4 000) und griechischer Herkunft (3 000).

Bei den Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung *außerhalb* Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 93 000 auf 187 000 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 5 % auf 10 % gewachsen. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren wesentlich stärker angestiegen als der Anteil der Bildungsinländer. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademiker kamen im Wintersemester 2004/2005 aus China (26 000) gefolgt von Bulgarien und Polen mit jeweils rund 12 000 Studierenden. Auch die Zahl der Studierenden aus anderen ost-, mitteleuropäischen und baltischen Staaten, die seit 2004 neue EU-Mitglieder oder Beitrittskandidaten sind (z. B. Tschechien, Ungarn, Rumänien), ist in den vergangenen fünf Jahren stetig angewachsen, während die Zahl der Studierenden aus den westeuropäischen EU-15-Ländern stagniert.

## 2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des »Lebenslangen Lernens« erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführte repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern bestätigt diese Tendenz. Danach lag die Teilnahme an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Jahr 2003 bei 41 %. Hochgerechnet sind dies 20,4 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 2000 um 4,9 Prozentpunkte gefallen, wobei der Rückgang der Teilnahmequoten vor allem in den neuen Bundesländern erfolgte (38 % im Jahr 2003 vs. 43 % im Jahr 2000). Dagegen hat sie sich in den alten Bundesländern kaum verändert (42 % im Jahr 2003 vs. 43 % im Jahr 2000). An allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 2003 hochgerechnet rund 12,7 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 13,3 Mill. im Jahre 2000. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 27 % höher als in den neuen Ländern (21 %). An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 13 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern (26 %) niedriger als drei Jahre zuvor. Auffällig ist der Rückgang um 5 Prozentpunkte in den neuen Ländern, während im früheren Bundesgebiet die Quote nur um 2 Punkte gesunken ist. Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (62 % der Hoch-

schulabsolventinnen und -absolventen nahmen im Jahr 2003 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 23 % besuchten 2003 entsprechende Veranstaltungen.

Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die »Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung« (CVTS2). Im Jahr 1999 boten 67 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Lehrveranstaltungen (Lehrgänge oder Kurse), also die klassische Form der beruflichen Weiterbildung, an. 36 % aller Beschäftigten der Unternehmen mit entsprechendem Angebot nahmen an solchen Lehrveranstaltungen teil. Die Teilnahmequote der Frauen lag mit 33 % unter derjenigen der Männer (38 %). Je Teilnehmer ergaben sich im Durchschnitt 27 Weiterbildungsstunden im Jahr, wobei Männer mit 28,5 Stunden etwas länger teilnahmen als Frauen (24,7 Stunden). Eine weitere Erhebung (CVTS3) wird im Jahr 2006 durchgeführt. Erste Ergebnisse sind ab 2007 zu erwarten.

Tab. 12: Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung nach ausgewählten Themengebieten 2003<sup>1</sup> in Prozent

Themengebiete	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	4	4	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2	3
Kindererziehung/Hilfe für die Schule	2	2	1
Persönliche/familiäre Probleme	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	5	4
Praktische Kenntnisse	2	2	2
Wissen über Naturwissenschaften und Technik	1	1	1
Kenntnisse und Anregungen für aktive Freizeitgestaltung	2	2	1
Wissen auf Gebieten wie Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2	1
Umweltschutz/Ökologie	1	1	1
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	2	2	1
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen	1	2	0
Computer, EDV, Internet	5	5	5
Sonstige Themenbereiche	1	1	1
Teilnahmequote insgesamt <sup>2</sup>	26	27	21

1 Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. In % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren.

2 Teilnahme an mindestens einer Maßnahme.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung IX, Bonn 2005.

Tab. 13: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Maßnahmearten 2003<sup>1</sup>  
in Prozent

Maßnahmeart	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	1	1	1
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	2	2	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	5	5	5
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	10	10	11
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	9	9	9
Teilnahmequote insgesamt <sup>2</sup>	26	26	26

1 Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. In % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren.

2 Teilnahme an mindestens einer Maßnahme.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung IX, Bonn 2005.

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten im Jahr 2004 rund 6,7 Mill. Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,2 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 2004 von 28 % aller Teilnehmenden belegt wurden. Etwa 100 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen.

An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 2004/2005 fast 39 000 Menschen teil. Etwa die Hälfte von ihnen waren Frauen. Die beliebtesten Fächergruppen der Gasthörer und Gasthörerinnen sind Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 2004/2005 waren durchschnittlich 51,2 Jahre alt; 47 % von ihnen waren 60 Jahre und älter.

## 2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (»Humankapital«) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für die einzelne Person stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im März 2004 durchgeführten Erhebung hatten von allen Befragten über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben, 41 % einen so genannten »höherwertigen« Bildungsabschluss. 19 % besaßen einen Realschulabschluss; 22 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 68 % einen solchen Abschluss nachweisen (31 % Realschulabschluss, 37 % Fachhochschul-/Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 hatten dagegen lediglich 12 % eine Realschule und 12 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert.

Von den Befragten, die Angaben zu ihrem beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, gaben im Jahr 2004 51 % eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. Fast 2 % besaßen einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR, knapp 6 %

Tab. 14: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im März 2004

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung <sup>1</sup>								
		zusammen	noch in schulischer Ausbildung	mit allgemeinem Schulabschluss					ohne Angabe zur Art des Abschlusses	ohne allgemeinen Schulabschluss
				Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses		
<i>in 1000</i>										
15–19	4695	4567	2828	602	22	771	140	38	167	
20–29	9163	8811	132	2088	202	2736	3272	107	273	
30–39	11923	11474	/	3235	1373	2874	3550	102	336	
40–49	12877	12372	/	4332	1785	2615	3185	116	339	
50–59	10351	9649	/	4716	1058	1512	1983	119	262	
60 und älter	21659	19525	/	13975	261	2329	2291	192	478	
<b>Insgesamt</b>	<b>70668</b>	<b>66397</b>	<b>2966</b>	<b>28946</b>	<b>4701</b>	<b>12837</b>	<b>14419</b>	<b>674</b>	<b>1854</b>	
Früheres Bundesgebiet										
	57482	53740	2366	25151	454	11501	11994	578	1695	
Neue Länder und Berlin-Ost										
	13186	12657	600	3795	4247	1336	2425	96	159	
<i>in %<sup>2</sup></i>										
15–19	.	100	61,9	13,2	0,5	16,9	3,1	0,8	3,7	
20–29	.	100	1,5	23,7	2,3	31,1	37,1	1,2	3,1	
30–39	.	100	/	28,2	12,0	25,0	30,9	0,9	2,9	
40–49	.	100	/	35,0	14,4	21,1	25,7	0,9	2,7	
50–59	.	100	/	48,9	11,0	15,7	20,6	1,2	2,7	
60 und älter	.	100	/	71,6	1,3	11,9	11,7	1,0	2,4	
<b>Insgesamt</b>	.	<b>100</b>	<b>4,5</b>	<b>43,6</b>	<b>7,1</b>	<b>19,3</b>	<b>21,7</b>	<b>1,0</b>	<b>2,8</b>	
Früheres Bundesgebiet										
	.	100	4,4	46,8	0,8	21,4	22,3	1,1	3,2	
Neue Länder und Berlin-Ost										
	.	100	4,7	30,0	33,6	10,6	19,2	0,8	1,3	

1 Beantwortung für Personen im Alter von 15 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

einen Fachschulabschluss, 12 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 28 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin gut 18 % ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur rund 9 % Akademiker.

Tab. 15: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im März 2004

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss <sup>1</sup>							
		zusammen	mit beruflichem Bildungsabschluss						ohne beruflichen Bildungsabschluss
			Lehr-/Anlernausbildung	Fachschulabschluss	Fachschulabschluss in der ehem. DDR	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
<i>in 1000</i>									
15-19	4695	4319	139	/	/	-	-	-	-
20-29	9163	8684	4200	356	7	253	354	134	3375
30-39	11923	11349	6448	903	155	759	1221	204	1659
40-49	12877	12221	7015	1027	252	785	1224	213	1705
50-59	10351	9481	5383	693	204	563	926	164	1550
60 und älter	21659	19132	9738	1097	349	665	999	242	6044
<b>Insgesamt</b>	<b>70668</b>	<b>65185</b>	<b>32921</b>	<b>4078</b>	<b>971</b>	<b>3025</b>	<b>4724</b>	<b>968</b>	<b>18498</b>
Früheres Bundesgebiet									
	57482	52672	26132	3274	125	2426	3846	832	16037
Neue Länder und Berlin-Ost									
	13186	12513	6788	805	847	599	878	135	2461
<i>in %<sup>2</sup></i>									
15-19	-	100	3,2	/	/	-	-	-	-
20-29	-	100	48,4	4,1	0,1	2,9	4,1	1,5	38,9
30-39	-	100	56,8	8,0	1,4	6,7	10,8	1,8	14,6
40-49	-	100	57,4	8,4	2,1	6,4	10,0	1,7	14,0
50-59	-	100	56,8	7,3	2,2	5,9	9,8	1,7	16,3
60 und älter	-	100	50,9	5,7	1,8	3,5	5,2	1,3	31,6
<b>Insgesamt</b>	<b>-</b>	<b>100</b>	<b>50,5</b>	<b>6,3</b>	<b>1,5</b>	<b>4,6</b>	<b>7,2</b>	<b>1,5</b>	<b>28,4</b>
Früheres Bundesgebiet									
	-	100	49,6	6,2	0,2	4,6	7,3	1,6	30,4
Neue Länder und Berlin-Ost									
	-	100	54,2	6,4	6,8	4,8	7,0	1,1	19,7

1 Beantwortung für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen hatten 33 % der Männer und 38 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegen-

über besaßen im Jahr 2002 von den Personen ab 60 knapp 15 % der männlichen, aber nur 6 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 14 % einen Realschulabschluss besitzen (für die Deutschen liegt der entsprechende Wert bei 20 %), liegen sie mit einem Anteil von 22 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (20 %). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (23 % gegenüber 17 % bei den deutschen Frauen). 13 % der ausländischen Bevölkerung besitzen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen sind es gut 1 %). Mehr als die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hat auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 26 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss können fast 54 % der Deutschen, aber nur 31 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen sind die Anteile nahezu identisch.

## 2.8 Bildungsfinanzen

Im Folgenden werden zunächst Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Diese werden überwiegend den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften sowie den sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen entnommen. Die Daten zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden als Auszug aus den Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Leistungsrechnung bereitgestellt. Die Vergleichbarkeit beider Datenquellen ist grundsätzlich nicht gegeben.

### 2.8.1 Bildungsausgaben

In einer hoch technologisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb ist Bildung ein zentraler Produktionsfaktor für die Unternehmen. Für jede Bürgerin und jeden Bürger bedeutet eine fundierte Ausbildung erst die Voraussetzung für das immer wichtiger werdende so genannte »Lebenslange Lernen«. Daher werden in Deutschland pro Jahr beträchtliche Summen in die Aus- und Weiterbildung investiert. Das Bildungsbudget stellt die Höhe dieser Ausgaben und die Herkunft der Mittel dar. Die nachstehende Tab. 16 zeigt die Höhe der Ausgaben ausgewählter Bildungsleistungen und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Danach wurden im Jahre 2003 in Deutschland 134,9 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben. Davon entfielen rund 90 % auf die Kern-Bildungsleistungen wie Unterricht, der Rest auf die Unterstützung der Lebenshaltung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden (Bildungsförderung). Mit rund 53 % stellen die Ausgaben von öffentlichen Vorschulen (Kindergärten, Vorklassen, Schulkindergärten), Schulen und Hochschulen den mit Abstand größten Posten im

Tab. 16: Bildungsausgaben<sup>1</sup> der gesamten Volkswirtschaft – Bildungsbudget

Bildungsleistungen	Bildungs- ausgaben		Anteile am Brutto- inlandsprodukt	
	2002	2003 <sup>2</sup>	2002	2003 <sup>2</sup>
	Mrd. EUR		in %	
Ausgaben für den Bildungsprozess	121,0	121,5	5,7	5,7
Öffentliche Vorschulen, Schulen, Hochschulen	70,5	71,1	3,3	3,3
Private Vorschulen, Schulen, Hochschulen	10,8	11,3	0,5	0,5
Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung	13,8	13,6	0,7	0,6
Betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften	10,0	10,0	0,5	0,5
Sonstige Bildungseinrichtungen	11,2	10,9	0,5	0,5
Ausgaben von Schülern und Studierenden für Nachhilfe, Lernmittel u. dgl.	4,6	4,6	0,2	0,2
Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmern	14,5	13,4	0,7	0,6
Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften	5,5	5,6	0,3	0,3
Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit	5,5	4,3	0,3	0,2
Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren	3,4	3,4	0,2	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>135,5</b>	<b>134,9</b>	<b>6,4</b>	<b>6,3</b>

1 Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben (Weitergehende methodische Erläuterungen unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Rubrik Bildung und Kultur).

2 Vorläufige Angaben.

Gesamtbudget für Bildung dar. Auf private Vorschulen, Schulen und Hochschulen entfielen rund 8 %. Die Ausbildung in Betrieben im Rahmen des Dualen Systems schlug mit rund 10 % zu Buche. Für die betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften wurden rund 7 % aufgewendet. Die Bildungsausgaben der übrigen Bildungseinrichtungen und der privaten Haushalte machten 12 % des Gesamtbudgets aus.

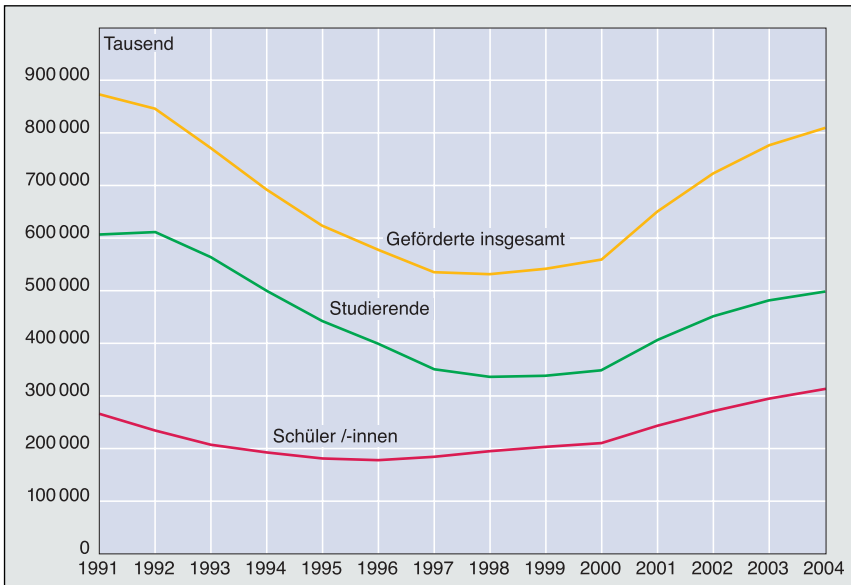
Setzt man die im Budget nachgewiesenen gesamten Bildungsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (der Summe der insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung), so beträgt dieser Anteil 6,3 %. Aufgegliedert nach Mittelgebern wandte der Staat im Jahr 2002 für Bildung 103,0 Mrd. Euro auf. Davon kamen 17,2 Mrd. Euro vom Bund, 65,0 Mrd. Euro von den Ländern und 20,8 Mrd. Euro von den Gemeinden. Ferner beteiligten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 32,5 Mrd. Euro an der Finanzierung der Bildungsausgaben. Die Ausgaben der Bildungsbereiche müssen jedoch in Bezug zur Anzahl der Bildungsteilnehmer gesetzt werden, für die letztlich die Bildungsanstrengungen unternommen werden.

Die vorstehende Tabelle zeigt beispielhaft die Höhe der Ausgaben für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen in Bezug zur Anzahl der Schüler für das Jahr 2002. Die Ausgaben je Schüler schwanken stark nach Schularten. Die allgemein bildenden Schulen sind mit 4900 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3300). Innerhalb der allgemein bildenden Schulen liegen Grundschulen mit 3900 Euro je Schüler unter dem Durchschnitt und Sonderschulen mit 11500 Euro darüber. Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist u. a. das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend. Die verhältnismäßig niedrigen Aufwendungen von 2100 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen.

## 2.8.2 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten. Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 1980er-Jahre mehrfach verändert worden – zuletzt durch das 21. BAföGÄndG vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3127).

Abb. 14: Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)



Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/r Techniker/in) vermitteln.

Studierenden-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen vollständig als Zuschuss gewährt. Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Seit dem 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstätten in den Neuen Ländern

Tab. 17: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte in 1000	Finanzaufwand Mill. EUR	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person EUR je Monat
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
2000	127	368	241
2001	143	493	288
2002	163	592	302
2003	179	651	303
2004	192	698	303
<i>Studierende</i>			
2000	232	907	326
2001	265	1 162	365
2002	304	1 351	371
2003	326	1 446	370
2004	340	1 514	371
<i>Insgesamt</i>			
2000	359	1 275	296
2001	408	1 655	338
2002	467	1 942	347
2003	505	2 097	346
2004	532	2 212	347

sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im früheren Bundesgebiet. Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein, und ihre Anzahl nahm wieder zu. 810 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten im Jahr 2004 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, wurden im Durchschnitt je Monat nur 532 000 Personen unterstützt.

Von den durchschnittlich 192 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten fast 110 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und gut 23 000 eine Fachschule. Unter den durchschnittlich 340 000 geförderten Studierenden waren fast 224 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 108 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. 2,21 Mrd. Euro wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 2004 ausgegeben, 698 Mill. Euro für die Schüler- und 1,51 Mrd. Euro für die Studierendenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 303 Euro je Monat, ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 371 Euro. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2004 um 14 % – bei den Studierenden um 12 % – höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 14 %.

### 2.8.3 Aufstiegsfortbildungsförderung

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Zum 1. Januar 2002 trat eine Reform des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1. Januar 2002 in Höhe von 33 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wird. Der Höchstbetrag des Maßnahmebeitrages liegt bei 10 226 Euro. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse

und Darlehen für den Lebensunterhalt sowie für die Kinderbetreuung einen weiteren Zuschuss erhalten. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Zwei Jahre nach Einführung der Reform zum AFBG (1. Januar 2002) gab es 2004 rund 133000 Geförderte, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 9,2 %. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (69 % aller Geförderten); 31 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2004 insgesamt 379 Mill. Euro, davon wurden 257 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 121 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 50 400 (38 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 26 % Frauen und 74 % Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 83000 Geförderte, davon 34 % Frauen und 66 % Männer. 15 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 55 % bis zu zwei Jahren und 87 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 13 % besuchen Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (34 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (28 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (17 %).

Tab. 18: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahr	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
1 000 EUR				
2000	51 999	170 455	146 635	23 820
2001	56 051	182 903	155 945	26 958
2002	87 659	298 772	202 700	96 071
2003	121 820	387 786	259 814	127 972
2004	133 018	378 563	257 135	121 427